

Niederschrift

über die 24. Sitzung des Rates am 29.04.2025
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

Seite

Öffentliche Sitzung	6
1 Verpflichtung eines Ratsmitglieds	6
2 Einwohnerfragestunde	6
3 Integriertes Handlungskonzept Osterath (kurz: IHKO); hier: Richtlinien zum Verfügungsfonds (Der Osterathfonds) Vorlage: FB4/0104/2025	6
4 Erlass einer Allgemeinverfügung zum Verzicht auf die Ausübung des Vorkaufsrechts gemäß § 31 Absatz 1 Satz 1 des nordrhein-westfälischen Denkmalschutzgesetzes (Denkmalschutzgesetz - DSchG NRW) Vorlage: FB4/0131/2025	7
5 Satzung zur Änderung der Anlage I der Neufassung der Satzung über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege vom 14. Juni 2023 (Geldleistungstabelle) ab 01.08.2025 Vorlage: FB21/0108/2025	8
6 Neuwahl des Seniorenbeirates Vorlage: FB22/0116/2025	8
7 Aufnahme des VdK als eigenständiger Vertreter im Seniorenbeirat Vorlage: FB22/0118/2025	9
8 Änderung der Satzung für den Seniorenbeirat der Stadt Meerbusch Vorlage: FB22/0123/2025	9
9 Änderung der Satzung der Stadt Meerbusch für städtische Gebäude zur Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen Vorlage: FB22/0149/2025	9
10 Erlass einer neuen Wahlordnung für die Wahl der direkt zu wählenden Mitglieder des Integrationsrates Vorlage: FB1/0150/2025	9
11 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass Vorlage: FB1/0140/2025	10
12 Aufstellung von Nebentätigkeiten des Bürgermeisters Vorlage: BM/0052/2025	10
13 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen, Auszahlungen, VE sowie Haushaltsvorgriffe des Haushaltsjahres 2024 und Nachtrag 2023 Vorlage: SB8SFI/0058/2025	10
14 Investive Ermächtigungsübertragungen gem. § 22 KomHVO von Haushaltsjahr 2024 nach 2025 Vorlage: SB8SFI/0059/2025	11
15 Anträge	12
15.1 Antrag der Fraktion Grün-alternativ vom 27.03.2025 bzgl. Einrichtung eines Bürgerrats zur Gestaltungssatzung Osterath Vorlage: SB9JR/0583/2025	12
15.2 Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 05.04.2025 bzgl. Radweg Landsknecht Vorlage: SB9JR/0585/2025	12
15.3 Antrag der SPD-Fraktion vom 06.03.2025 bzgl. Ausschussumbesetzung Vorlage: SB9JR/0579/2025	12
15.4 Antrag der SPD-Fraktion vom 10.03.2025 bzgl. Ausschussumbesetzung Vorlage: SB9JR/0580/2025	13
15.5 Antrag der SPD-Fraktion vom 08.04.2025 bzgl. Ausschussumbesetzung Vorlage: SB9JR/0586/2025	13
15.6 Antrag der FDP-Fraktion vom 25.03.2025 bzgl. Ausschussumbesetzung Vorlage: SB9JR/0582/2025	13
15.7 Antrag der Fraktion Grün-alternativ vom 17.02.2025 bzgl. Aufstellungsbeschluss "Brüll-Mühle" Vorlage: SB9JR/0587/2025	14
16 Anfragen	14
17 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	14
18 Termin der nächsten Sitzung: 10. Juli 2025	15
19 Verschiedenes	15

Sitzungsort: Städt. Meerbusch-Gymnasium, Mönkesweg 58, 40670 Meerbusch-Strümp, Foyer

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:41 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Christian Bommers Bürgermeister

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker	Ratsmitglied
Herr Christian Bößen	Ratsmitglied
Herr Werner Damblon	Ratsmitglied
Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied
Herr Claus Fischer	Ratsmitglied
Herr Markus Frank	Ratsmitglied
Herr Andreas Harms	Ratsmitglied
Herr Fabian Hasebrink	Ratsmitglied
Herr Andreas Hoppe	Ratsmitglied
Herr Heinz Berend Jansen	Ratsmitglied
Frau Nicole Joliet-Heising	Ratsmitglied
Herr Franz-Josef Jürgens	Ratsmitglied
Frau Norma Köser	Ratsmitglied
Herr Jonas Kräling	Ratsmitglied
Herr Stefan Mosch	Ratsmitglied
Herr Dr. Felix Nieberding	Ratsmitglied
Frau Gabriele Pricken	Ratsmitglied
Herr Max Pricken	Ratsmitglied
Herr Hans Werner Schoenauer	Ratsmitglied
Frau Petra Schoppe	Ratsmitglied
Herr Daniel Thywissen	Ratsmitglied
Herr Gerd van Vreden	Ratsmitglied
Herr Dr. Harald von Canstein	Ratsmitglied
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse	Ratsmitglied
Herr Hans Günter Focken	Ratsmitglied
Herr Dieter Jüngerkes	Ratsmitglied
Herr Heinz Jürgen Kaden	Ratsmitglied
Frau Christa Kohn	Ratsmitglied
Herr Georg Neuhausen	Ratsmitglied
Frau Nicole Niederdellmann-Siemes	Ratsmitglied
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied
Frau Inga Werner	Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied
Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied

Herr Ralph Jörgens Ratsmitglied
 Herr Heinrich Peter Weyen Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Ulrike Boldt Ratsmitglied
 Herr Dario Dammer Ratsmitglied
 Frau Aliina Housden Ratsmitglied
 Frau Leoni Kanders Ratsmitglied
 Herr Joris Mocka Ratsmitglied
 Frau Barbara Neukirchen Ratsmitglied
 Frau Dr. Karen Schomberg Ratsmitglied
 Herr Christoph Weigele Ratsmitglied
 Frau Sarah Winter Ratsmitglied

von der Fraktion GRÜN-alternativ

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied
 Herr Joachim Quaß Ratsmitglied
 Herr Torsten Schmitt Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Daniela Glasmacher Ratsmitglied
 Herr Wolfgang Müller Ratsmitglied

fraktionsloses Ratsmitglied

Herr Zacharias Schalley Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Peter Annacker Vertreter der Stadt
 Herr Andreas Apsel Erster und Technischer Beigeordneter
 Herr Dr. Marc Saturra Leiter Justizariat und Ratsbüro
 Frau Bettina Scholten Beigeordnete
 Herr Christian Volmerich Stadtkämmerer

Schriftführer

Herr Tim Hofmeister Referent des Bürgermeisters

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Thomas Jung Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Frau Kirsten Danes Ratsmitglied
 Herr Karl Trautmann Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Monika Driesel Ratsmitglied

von der Fraktion GRÜN-alternativ

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

fraktionsloses Ratsmitglied

Herr Klaus Rettig

Ratsmitglied

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Marco Nowak

Ratsmitglied

Herr Andreas Wagner

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Herr Bürgermeister Bommers die anwesenden Mitglieder des Rates und der Verwaltung, die Presse sowie die Zuschauerinnen und Zuschauer im Publikum.

Ratsherr Damblon zieht den Antrag der Fraktionen CDU und FDP unter Tagesordnungspunkt 15.2 zurück.

Ratsherr Peters beantragt die öffentliche Beratung des nicht öffentlichen Tagesordnungspunktes 25.1. Ratsfrau Glasmacher unterstützt den Antrag. Herr Bürgermeister Bommers antwortet, dass die Antworten auf den Antrag bereits durch die Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt wurden. Herr Justiziar Dr. Saturra ergänzt, dass es bei diesem Thema nicht um allgemeine Fragen des Planungsrechts oder des Bebauungsplans gehe, sondern um ein individuelles ordnungsbehördliches Verfahren. Der Vollzug dessen, was der Rat beschlossen habe, sei Aufgabe der Verwaltung. Ratsherr Peters teilt mit, dass seine Fraktion eine andere Auffassung habe. Herr Bürgermeister Bommers lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	24		24	
SPD	9	9		
FDP	4		3	
Bündnis 90/ Die Grünen	9	9		
GRÜNalternativ	3	3		
UWG/ Freie Wähler	2	2		
Herr Schalley	1			1
Bürgermeister	1		1	
Gesamt	52+1	23	28	1

Herr Bürgermeister Bommers sagt, dass über die nicht öffentlichen Tagesordnungspunkte 22 und 23 nicht beschlossen werden müsse. Für offene Fragen zu den Beteiligungen werde im nicht öffentlichen Teil der Geschäftsführer der Stadtwerke Meerbusch Willich anwesend sein.

Öffentliche Sitzung

1 Verpflichtung eines Ratsmitglieds

Herr Bürgermeister Bommers verpflichtet Frau Inga Werner zur Ratsfrau für die SPD-Fraktion.

2 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen von Bürgerinnen und Bürgern vor.

3 Integriertes Handlungskonzept Osterath (kurz: IHKO); hier: Richtlinien zum Verfügungsfonds (Der Osterathfonds) Vorlage: FB4/0104/2025

Beschlüsse:

1. Die Richtlinien zur Vergabe von Finanzmitteln aus dem Verfügungsfonds im Stadtumbaugebiet Osterath (offizielle Bezeichnung: Osterathfonds) werden gemäß Anlage 1 beschlossen.
2. Der Projektbeirat und dessen Zusammensetzung werden gemäß Variante 1 (siehe Anlage 2) als Bürger- und Akteursgremium beschlossen.

Abstimmungsergebnisse:

Beschlussvorschlag unter 1:

Der Beschluss wird mehrheitlich gefasst.

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	24	24		
SPD	9	9		
FDP	4	4		
Bündnis 90/ Die Grünen	9	9		
GRÜNalternativ	3		3	
UWG/ Freie Wähler	2	2		
Herr Schalley	1	1		
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	52+1	50	3	0

Beschlussvorschlag unter 2:

Der Beschluss wird mehrheitlich gefasst.

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	24	24		
SPD	9	9		
FDP	4	4		
Bündnis 90/ Die Grünen	9		9	
GRÜNalternativ	3		3	
UWG/ Freie Wähler	2		2	
Herr Schalley	1	1		
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	52+1	39	14	0

Ratsherr Jörgens teilt mit, dass in einem Gremium von Bürgerinnen und Bürgern solche beteiligt werden sollten, die auch tatsächlich vom IHKO betroffen sind. Des Weiteren halte er die Beteiligung der Jugend für notwendig.

Ratsfrau Dr. Schomberg bittet um getrennte Abstimmung der im Beschlussvorschlag dargestellten Einzelbeschlüsse.

- 4 **Erlas einer Allgemeinverfügung zum Verzicht auf die Ausübung des Vorkaufsrechts gemäß § 31 Absatz 1 Satz 1 des nordrhein-westfälischen Denkmalschutzgesetzes (Denkmalschutzgesetz - DSchG NRW)**
Vorlage: FB4/0131/2025

Ratsherr Weyen nimmt Bezug auf die von der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellten Antworten auf die offenen Fragen. Er schätze die rechtliche Einschätzung der Stadtverwaltung als anders ein. Herr Erster und Technischer Abgeordneter Apsel antwortet, dass die Stadtverwaltung den von Herrn Weyen beispielhaft entworfenen Fall intern juristisch aufgearbeitet habe und zu dem dargestellten Ergebnis komme. Er verweist auf das vergleichbare Vorgehen in viele anderen Städte und die Einschätzung des zuständigen Ministeriums.

Es sei wichtig herauszustellen und zu bekräftigen, dass die Bearbeitung der entsprechenden Fälle in der Regel keine Betroffenheit der Stadt auslösen und auch grundsätzlich keine Instrumente des Denkmalschutzes durch diese ausgesetzte Prüfung entfallen. Die Stadtverwaltung könne die denkmalpflegerischen Belange weiterhin vollständig ausüben und vermeide dabei unnötige Bürokratie.

Ratsherr Peters sagt, dass die Antworten der Stadtverwaltung seine Fraktion nicht in die Lage versetzen, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen. Es könne nicht sein, dass die Stadtverwaltung durch die Bearbeitung von Einzelfällen zusätzlich belastet werde.

Ratsfrau Dr. Schomberg sagt, dass man durch das neue Denkmalschutzgesetz bereits Steuerungsmechanismen verloren habe und lediglich das Vorkaufsrecht neu hinzugekommen sei. Der in der Beschlussvorlage dargestellte Aufwand sei nicht verständlich.

Ratsfrau Niederdelmann-Siemes sagt, dass ihre Fraktion den Zeitdruck nicht nachvollziehen könne und beantragt die Vertagung des Tagesordnungspunktes in die kommende Sitzung des Ausschusses für Planung und Liegenschaften.

Der Antrag auf Vertagung wird einstimmig angenommen.

5 Satzung zur Änderung der Anlage I der Neufassung der Satzung über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege vom 14. Juni 2023 (Geldleistungstabelle) ab 01.08.2025
Vorlage: FB21/0108/2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die Satzung zur Änderung der Anlage I der Neufassung der Satzung über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege vom 14. Juni 2023 (Geldleistungstabelle).

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

6 Neuwahl des Seniorenbeirates
Vorlage: FB22/0116/2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beruft folgende Vertreterinnen und Vertreter in den Seniorenbeirat:

Verband / Gruppierung	Vertreter*in	Stellvertreter*in
ZWAR Netzwerk	Hilde Schmitt	Doris Schulz
Diakonie Meerbusch	Werner Kasprovicz	Inge Rose
DPWV	Inge Losch-Engler	N.N.
Meerbuscher Seniorenheime	Elisabeth Schmitz	N.N.
Arbeiterwohlfahrt	Oswald Hepner	N.N.
Caritas RKN	Bärbel Mosch	N.N.
„Meerblatt“ Redaktionsteam	Klaus Mock	N.N.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

Ratsherr Focken bedankt sich bei den Mitgliedern des Seniorenbeirates.

- 7 Aufnahme des VdK als eigenständiger Vertreter im Seniorenbeirat
Vorlage: FB22/0118/2025**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt § 4 – Zusammensetzung des Seniorenbeirates - der Satzung für den Seniorenbeirat der Stadt Meerbusch insoweit abzuändern, als dass der VdK als weiterer Vertreter aufgenommen wird.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

Ratsherr Müller begrüßt die Aufnahme des VdK im Sinne einer Qualitätssteigerung.

- 8 Änderung der Satzung für den Seniorenbeirat der Stadt Meerbusch
Vorlage: FB22/0123/2025**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch stimmt der Änderung der Satzung für den Seniorenbeirat entsprechend der der Beschlussvorlage beiliegenden Anlagen zu.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

- 9 Änderung der Satzung der Stadt Meerbusch für städtische Gebäude zur Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen
Vorlage: FB22/0149/2025**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die beigefügte III. Änderungssatzung für städtische Gebäude zur Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

- 10 Erlass einer neuen Wahlordnung für die Wahl der direkt zu wählenden Mitglieder des Integrationsrates
Vorlage: FB1/0150/2025**

Beschluss:

Der Rat beschließt die Wahlordnung für die Wahl der direkt zu wählenden Mitglieder des Integrationsrates in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

11 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass
Vorlage: FB1/0140/2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt den Erlass der beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass (Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mehrheitlich gefasst.

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	24	24		
SPD	9	9		
FDP	4	4		
Bündnis 90/ Die Grünen	9	4	4	1
GRÜNalternativ	3	3		
UWG/ Freie Wähler	2	2		
Herr Schalley	1	1		
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	52+1	48	4	1

12 Aufstellung von Nebentätigkeiten des Bürgermeisters
Vorlage: BM/0052/2025

Der Rat der Stadt Meerbusch nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Ratsherr Gabernig erfragt, ob man aufgrund der bislang ausgebliebenen rechtlichen Klärung der Abführungspflichten, mit einer Rückforderung der unter Vorbehalt geleisteten Zahlungen rechnen müsse. Herr Dr. Saturra führt aus, dass der Landesgesetzgeber im Nachgang zu einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes eine angepasste Regelung beabsichtigt habe. Der Widerspruch zwischen Landesbeamtenengesetz und Nebentätigkeitsverordnung sei jedoch bislang nicht aufgelöst worden.

13 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen, Auszahlungen, VE sowie Haushaltsvorgriffe des Haushaltsjahres 2024 und Nachtrag 2023
Vorlage: SB8SFI/0058/2025

Der Rat der Stadt Meerbusch nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Ratsherr Müller erfragt, warum in der dritten Zeile der Spalte „Ansatz 2024“ in der Anlage 1 der Informationsvorlage eine Summe von 0,00 € ausgewiesen ist. Herr Kämmerer Volmerich erläutert grundsätzlich, es sich bei den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen um solche handle, bei denen der Haushaltsansatz nicht ausreichend gewesen sei. Sofern die Voraussetzungen für eine außerplanmäßige Bereitstellung im Sinne einer Unabweisbarkeit oder einer rechtlichen Verpflichtung vorliegen, erhält der Fachbereich die benötigten Mittel. Im Gegenzug müsse jedoch eine haushaltsmäßige Deckung festgeschrieben werden. Sofern 0,00 € angegeben sind, bedeute dies, dass hierfür grundsätzlich kein Haushaltsansatz vorlag, jedoch trotzdem eine außerplanmäßige Ermächtigung erteilt werden musste. Er ergänzt, dass im konsumtiven Bereich grundsätzlich keine

Übertragung vorgenommen werde. Ratsherr Müller erfragt, ob es möglich wäre, einen Termin zur weiteren Erläuterung der Übersicht im Servicebereich Finanzen zu erhalten. Herr Volmerich sagt, dass dies möglich sei.

Ratsherr Jörgens sagt, dass er die angegebenen 33.000 € für die U19-Mannschaft vor dem Hintergrund einer notwendigen Haushaltskonsolidierung hinterfrage. Sponsoringmaßnahmen müssten für solche Maßnahmen erwogen werden. Herr Volmerich betont, dass sämtliche außerplanmäßigen Ermächtigungen geprüft werden. Vorliegend seien aufgrund der vom DFB vorgeschriebene Aspekte Maßnahmen notwendig geworden, um den sportlichen Aufstieg realisieren zu können. Im Gegenzug sei beispielsweise auf die Mittelbereitstellung für die Flutlichtanlage an der Theodor-Mosters-Sportanlage verzichtet worden. Ratsherr Bertholdt moniert, dass die Kosten für den Aufstieg der Mannschaft nicht im Ausschuss für Schule und Sport beraten wurden. Herr Bürgermeister Bommers antwortet, dass der Hinweis grundsätzlich korrekt sei, jedoch liege es in der Verantwortung der Stadt, die Leistungen des Vereins angemessen zu würdigen. Insbesondere vor dem Hintergrund der massiven Investitionen, die der Verein bereits aus eigener Kraft getätigt hat.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes bittet aufgrund offener Fragen zu dem Bericht um Teilnahme des Stadtkämmerers in einer der kommenden Sitzungen ihrer Fraktion. Herr Volmerich sagt dies zu.

Ratsfrau Niegeloh erfragt, aus welchen Gründen der Betrag von aufgerundet 1.000.000 € für die SCHEK-Maßnahme der Nikolausschule nicht für den eigentlichen Zweck aufgewendet wurde. Herr Volmerich antwortet, dass man grundsätzlich zwischen Haushaltsplanung und Haushaltsausführung unterscheiden müsse. In der Haushaltsplanung versuchen die Fachbereich nach bestem Wissen und Gewissen, Ansätze für bestimmte Maßnahmen zu planen, die jedoch möglicherweise in der Haushaltsausführung aufgrund mannigfaltiger Gründe nicht wie geplant umgesetzt werden könnten. Die Angabe bedeute nur, dass der Abfluss des Geldes nicht wie geplant stattfinden könne und daher für andere Deckungsnotwendigkeiten zur Verfügung stehe.

14 Investive Ermächtigungsübertragungen gem. § 22 KomHVO von Haushaltsjahr 2024 nach 2025

Vorlage: SB8SFI/0059/2025

Der Rat der Stadt Meerbusch nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Ratsfrau Neukirchen erfragt, warum bezüglich des zweiten Bauabschnitts der Tiefbaumaßnahmen der K9n angegeben sei, dass dieser bereits begonnen habe. Ihrer Auffassung nach habe die Maßnahme noch nicht begonnen. Herr Volmerich antwortet, dass die Maßnahme im haushälterischen Sinne begonnen habe, da bereits 5.000 € für diese Maßnahme abgeflossen seien. Herr Apsel ergänzt, dass es sich hierbei vermutlich um Kosten für ein zu erstellendes Gutachten handle. Er werde diese Information im Nachgang im zuständigen Fachbereich einholen.

Ratsfrau Niegeloh stellt die Frage, ob bei einem angegebenen Saldo von circa 29.800.000 € und einem Gesamtübertrag von 39.000.000 € ein Plus in Höhe der Differenz zu verzeichnen sei. Herr Volmerich antwortet, dass im Finanzbericht rund 57.000.000 € Gesamtinvestitionssumme genannt wurde. Diese stehe der Stadtverwaltung inkl. der Ermächtigungsübertragung aus dem Vorjahr zur Verfügung. Die hohen Summen erklären sich durch die Umsetzung der SCHEK-Maßnahmen. Schätzungen dieser Summen auf die Haushaltsjahre seien durch den zuständigen Service Immobilien so gut wie möglich vorgenommen worden – unvorhersehbare Aspekte könnten jedoch immer auftreten.

Ratsfrau Kohn erfragt, ob die stattgefundenen Übertragungen aus dem Fachbereich 5 zur Sanierung von Radwegen (120.541.010 – PSP-Element 7.12001009.710.001) in Höhe von gerundet 220.000 € korrekt sei und diese Mittel auch zeitnah für die Sanierung von Radwegen genutzt werden könnten.

Herr Volmerich antwortet, dass es sich hierbei um eine sogenannte Sammelhaushaltsstelle handele. Die Haushaltssatzung sieht vor, dass investive Maßnahmen mit einem Wert von über 50.000 € einzeln auszuweisen seien. Aus diesem Grund seien bislang kaum Sanierungsvorhaben vorgenommen worden, da es sich bei der Radwegesanierung nicht um eine Einzelmaßnahme handele.

15 Anträge

15.1 Antrag der Fraktion Grün-alternativ vom 27.03.2025 bzgl. Einrichtung eines Bürgerrats zur Gestaltungssatzung Osterath Vorlage: SB9JR/0583/2025

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag der Fraktion Grün-alternativ vom 27. März 2025 bzgl. der Einrichtung eines Bürgerrats zur Gestaltungssatzung Osterath wird mehrheitlich abgelehnt.

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	24		24	
SPD	9		9	
FDP	4		4	
Bündnis 90/ Die Grünen	9	8		1
GRÜNalternativ	3	3		
UWG/ Freie Wähler	2	1		1
Herr Schalley	1		1	
Bürgermeister	1		1	
Gesamt	52+1	12	39	2

Ratsherr Damblon sagt, dass seine Fraktion nicht der Auffassung sei, dass eine Gestaltungssatzung nicht durch einen Bürgerrat bestimmt werden sollte. Ratsfrau Niederdellmann-Siemes stimmt dem zu und ergänzt, dass die von der Stadtverwaltung angebotenen Spaziergänge für Bürgerinnen und Bürger in Osterath ermöglicht werden sollten. Ratsherr Peters entgegnet, dass solche Spaziergänge ausschließlich durch Zufall verwertbare Ergebnisse zu Tage fördern würden.

15.2 Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 05.04.2025 bzgl. Radweg Landsknecht Vorlage: SB9JR/0585/2025

zurückgezogen

15.3 Antrag der SPD-Fraktion vom 06.03.2025 bzgl. Ausschussumbesetzung Vorlage: SB9JR/0579/2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die folgende Ausschussumbesetzung:

Streichung von Angela Eichler als stellvertretende sachkundige Bürgerin im Sozialausschuss sowie im Kulturausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

**15.4 Antrag der SPD-Fraktion vom 10.03.2025 bzgl. Ausschussumbesetzung
Vorlage: SB9JR/0580/2025**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die folgende Ausschussumbesetzung:

Streichung von Chantal Messing als persönliche Vertreterin für Georg Neuhausen im Jugendhilfeausschuss. Die Aufgabe wird künftig übernommen von Christa Kohn.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

**15.5 Antrag der SPD-Fraktion vom 08.04.2025 bzgl. Ausschussumbesetzung
Vorlage: SB9JR/0586/2025**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die folgenden Umbesetzungen:

Streichung von Chantal Messing als Ratsmitglied aus allen Ausschüssen in denen sie als ordentliches Mitglied oder Vertreterin benannt ist.

Sowie weitergehend die folgenden Änderungen:

Ausschuss für Schule und Sport:

setze: Chantal Messing (sachkundige Bürgerin) als Vertreterin

setze: Inga Werner (Ratsmitglied) als ordentliches Mitglied

Sozialausschuss:

setze: Anton Krämer (sachkundiger Bürger)

Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss, Ausschuss für Planung und Liegenschaften, Ausschuss für Klima, Umwelt und Bau, Sozialausschuss, Kulturausschuss, Ausschuss für Digitalisierung und Informationstechnologie, Sonderausschuss für die Zukunft der Feuerwehr, Ausschuss für Mobilität:

setze: Inga Werner als Vertreterin

Kulturausschuss:

setze: Rebecca Engelke (sachkundige Bürgerin)

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

Vor Abstimmung ändert Ratsfrau Niederdelmann-Siemes den Antrag dahingehend mündlich ab, dass Herr Anton Krämer ausschließlich als sachkundiger Bürger in den Sozialausschuss gewählt werden soll.

**15.6 Antrag der FDP-Fraktion vom 25.03.2025 bzgl. Ausschussumbesetzung
Vorlage: SB9JR/0582/2025**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die folgende Ausschussumbesetzung:

Sebastian Niesen wird als sachkundiger Bürger in den Ausschuss für Schule und Sport sowie den Ausschuss für Klima, Umwelt und Bau berufen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

**15.7 Antrag der Fraktion Grün-alternativ vom 17.02.2025 bzgl. Aufstellungsbeschluss "Brüll-Mühle"
Vorlage: SB9JR/0587/2025**

Der Antrag der Fraktion Grün-alternativ vom 17. Februar 2025 bzgl. des Aufstellungsbeschlusses „Brüll-Mühle“ wird mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	24		24	
SPD	9		9	
FDP	4		4	
Bündnis 90/ Die Grünen	3	3		
GRÜNalternativ	9	9		
UWG/ Freie Wähler	2		2	
Herr Schalley	1		1	
Bürgermeister	1		1	
Gesamt	52+1	12	41	0

Ratsherr Damblon erläutert, dass seine Fraktion den Antrag nicht für sinnvoll halte. Ein solcher Beschluss könne die gesamte Maßnahme zeitlich so verzögern, dass eine Umsetzung nicht mehr möglich wäre. Ratsfrau Niederdellmann-Siemes sagt, dass ihre Fraktion der Auffassung ist, dass das Verfahren so wie geplant vorangetrieben werden sollte.

16 Anfragen

17 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Ratsherr Focken erfragt bzgl. der Kontrolle zur Beschlussvorlage FB4/0009/2024 aus der Ratssitzung vom 29. Oktober 2024, ob der Gutachtenauftrag nunmehr erteilt wurde. Herr Apsel sichert eine Beantwortung im Rahmen des Protokolls zu.

Ergänzung der Stadtverwaltung:

Der Auftrag wurde an die Fa. WWK Partnerschaft für Umweltplanung aus Warendorf erteilt.

Ratsherr Banse moniert bzgl. der Beschlusskontrolle zu FB4/1684/2023 die Formulierung im letzten Satz. Die Verwendung des Wortes „plant“ sei missverständlich, da es nicht ausdrücke, dass die Stadtverwaltung auch tatsächlich im Ausschuss für Planung und Liegenschaften berichten werde.

Ratsherr Apsel berichtet über die Sperrung der A52 am kommenden Wochenende. Die Umleitung erfolge durch das Stadtgebiet von Buderich, wodurch mit erheblichen Einschränkungen zu rechnen

sei. Als Stadtverwaltung habe man jedoch keine Möglichkeit auf eine solche Planung Einfluss zu nehmen.

18 Termin der nächsten Sitzung: 10. Juli 2025

Die nächste Sitzung des Rates der Stadt Meerbusch findet am 10. Juli 2025 statt.

19 Verschiedenes

Ratsherr Focken erfragt den Zeitplan für den Abbruch bzw. den Neubau der Kindertagesstätte Fröbelstraße. Herr Dezernent Annacker antwortet, dass die notwendigen Verträge in Kürze unterzeichnet werden. Im Anschluss beginnen die Abrissarbeiten.

Ratsherr Focken fragt weitergehend, wann die Baumaßnahmen im Rahmen der beabsichtigten Bahnunterführung in Osterath beginnen. Herr Apsel antwortet, dass die Deutsche Bahn ihre Vorarbeiten beendet habe. Der Landesbetrieb warte derzeit auf die Genehmigung von Mehrkosten durch das zuständige Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen. In der kommenden Woche soll ein Gespräch mit dem dortigen Minister stattfinden, um die weitere Vorgehensweise besprechen zu können.

Ratsherr Focken erfragt weitergehend, wann die Belegung der Containeranlage an der Insterburger Straße beginnen könne. Herr Annacker antwortet, dass die Belegung voraussichtlich in den kommenden Tagen beginnen könne. Er sichert zu, dem Protokoll weitergehende Informationen bzgl. der Belegung hinzuzufügen.

Ergänzung der Stadtverwaltung:

Zum 13. Mai 2025 soll mit der Belegung der Mietanlage an der Insterburger Straße im hinteren Bereich begonnen werden. Im Erdgeschoss der Mieteinheit plant die Stadtverwaltung künftig die zugewiesenen Familien, im Obergeschoss die Alleinreisenden unterzubringen. Die Nationalitäten werden im Sinne einer sozialen Verträglichkeit – wie in allen unseren Einrichtungen – verschiedene sein.

Eine Verlegung von Personen aus anderen Einrichtungen ist aktuell noch nicht vorgesehen. Die Überlegung die Einrichtung an der Stettiner Straße leer zuziehen und die Turnhalle dem Vereinssport wieder zugänglich zu machen bleibt ein Ziel, welches aufgrund der bestehenden Unsicherheit hinsichtlich der Zuweisungszahlen aber noch nicht direkt umgesetzt werden kann. Hier empfiehlt sich ein Abwarten bis auch die Kaufanlage an der Insterburger Straße geöffnet ist, da bei den aktuell stark schwankenden Zuweisungen, nicht absehbar ist, mit welchen Zahlen zu rechnen ist. Zudem haben sich die Planungsgrundlagen mit der stark verspäteten Fertigstellung der Mietunterkunft insgesamt verändert und müssen im Zusammenspiel mit allen anderen Wohnheimen überplant werden.

Ratsfrau Glasmacher zitiert eine E-Mail eines Bürgers, der sich darüber beschwert, dass beschäftigte Saisonarbeitskräfte auf den Wirtschaftswegen große Mengen an Müll ablegen würden. In diesem Zusammenhang erfragt sie, was die Stadtverwaltung gegen diese Entwicklung unternehmen könne. Herr Apsel antwortet, dass Abfälle nach einer Meldung schnellstmöglich entfernt werden. Oft sei es jedoch schwerlich nachvollziehbar, wer den Müll konkret dort abgelegt habe. Frau Beigeordnete Scholten ergänzt, dass die Verfolgung illegaler Müllentsorgung in bestimmten Bereichen des Stadtgebietes dem Rhein-Kreis Neuss obliege. Ratsherr Banse fragt, ob es seitens der Stadtverwaltung besonders frequentierte Müllablageorte gebe. Herr Bürgermeister Bommers verneint dies.

Ratsfrau Pricken nimmt Bezug auf das Abstimmungsverhalten unter Tagesordnungspunkt 11 und betont, dass die meist inhabergeführten Ladenlokale in Meerbusch gerne an einem verkaufsoffenen Sonntag teilnehmen, da dies eine gute Werbemaßnahme sei. Sie verstehe nicht, warum einzelne Ratsmitglieder gegen diese Öffnung seien.

Ratsherr Bertholdt sagt, dass auf der neuen städtischen Homepage Rechtschreibfehler zu finden seien. Des Weiteren sei die Suchfunktion der Homepage unzureichend. Frau Beigeordnete Scholten erläutert, dass Schwierigkeiten vor allem in der Anfangsphase nicht unüblich seien. Man sei dankbar für jeden Hinweis. Bislang habe man viele positive Rückmeldungen verzeichnen können.

Ratsherr Fischer fragt dahingehend, ob der Kampfmittelräumdienst seine Arbeiten nun abgeschlossen habe, ob die Stadtwerke weitere Arbeiten im Bereich der Meerbuscher Straße zu erledigen hätten, wie der Sachstand bezüglich des Fahrradunterstellplatzes auf der Dorfseite der Bahnschienen sei, wann letzte Rattennester in der Nähe der Gaststätte „Alter Bahnhof“ beseitigt werden und darüber hinaus, wann die durch die Arbeiten entstandene Verschmutzung beseitigt werde. Herr Apsel sichert zu, sich der Punkte anzunehmen.

Ergänzung der Stadtverwaltung:

Die entsprechenden Punkte wurden an die verantwortlichen Stellen bei der Deutschen Bahn und dem Landesbetrieb Straßen.NRW weitergegeben.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes fragt, ob die Stadtverwaltung bereits alternative Ideen zur Etablierung einer Schulstraße zu entwickelt habe und ob diese in diesem Zusammenhang Kontakt mit dem Zukunftsnetz Mobilität NRW aufgenommen habe. Herr Apsel antwortet, dass die Umsetzung in vielen Kommunen Problemen in der Umsetzung bereite. Man benötige die zwingende Mitarbeit der Schulen, um die Straßen entsprechend täglich sichern zu können. In anderen Kommunen sei das bereits gescheitert. Aus diesem Grund müsse man die in Betracht kommenden Schulstandorte analysiert werden. Die Stadtverwaltung befinde sich derzeit in einem solchen Analyseprozess.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erfragt weitergehend, welche Maßnahmen erwogen werden könnten, um den Laacher Weg als Schulweg sicherer zu machen. Herr Apsel antwortet, dass mit Westnetz vereinbart wurde, dass die Arbeiten in Abschnitten und vermehrt in den Ferienzeiten stattfinden. Die Stadtverwaltung versucht sämtliche Schritte einzuleiten, um den Schulweg so sicher wie möglich zu machen. Eine Baustelle gehöre jedoch zu einem üblichen städtischen Erscheinungsbild.

Ergänzung der Stadtverwaltung:

In Bezug auf die Baustelle der Westnetz wurden intensive Vorkehrungen für einen möglichst reibungslosen Baustellenablauf abgestimmt und in der Woche 05. Mai – 09. Mai 2025 umgesetzt. Dabei wurden auch eine Reihe von bislang nicht genehmigungsgerechten Stellen der Baustellenabsicherung verändert.

Ratsherr Kaden bemerkt, dass die Fahrbahn der Karl-Borromäus-Straße insbesondere vor dem Hintergrund der dort ansässigen Kindertagesstätte und der Adam-Riese-Schule kurzfristig ausgebessert werden sollte. Herr Apsel gibt diese Information an den zuständigen Fachbereich weiter.

Ratsherr Kaden sagt weitergehend, dass die Buslinien 828, 829 aufgrund der KV100-Trasse ab dem 01. Mai 2025 auf unbestimmte Zeit umgeleitet werden sollen. Herr Apsel geht davon aus, dass dies mit der zuständigen Rheinbahn entsprechend abgestimmt worden sei und die eingerichtete Umleitung einen guten Grund habe. Er sichert eine weitergehende Prüfung und Ergänzung im Protokoll zu.

Ergänzung der Stadtverwaltung:

Weitere Informationen werden nach Vorliegen dem Protokoll nachträglich beigelegt.

Ratsfrau Kohn fragt nach dem Sachstand bezüglich des Grundstückserwerb auf dem Böhler Gelände für den Schulneubau. Herr Bürgermeister Bommers antwortet, dass die letzte formelle Instanz in den Niederlanden nun entscheiden müsse. Die finale fachliche Entscheidung sei bereits positiv beschieden

worden und man könne optimistisch sein. Eine abschließende Information könne man heute jedoch noch nicht erbringen.

Meerbusch, den 16. Mai 2025

Christian Bommers
Bürgermeister

Tim Hofmeister
Schriftführer